

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 23.06.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

**3.4 Öffentlich geförderter, barrierefreier Wohnungsbau
Antrag der Fraktion B'90/Grüne**

Vorlage Nr. AT 105/2021

Frau König verweist für die Antragsteller auf das Defizit bei bezahlbarem Wohnraum und insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit, Altersarmut und Erwerbslosigkeit. Für eine Reaktion der Politik darauf sind die beantragten Informationen erforderlich.

Herr Schumann verweist auf die Anstrengungen der Verwaltung seit vielen Jahren, im Rahmen der überhaupt vorhandene Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Für ihn ist nicht erkennbar, welches Ziel mit dem Bericht verfolgt werden soll. Die Stadt Siegen selbst kann keinen öffentlich geförderten Wohnraum schaffen. Gefordert sind vielmehr die Wohnungsgenossenschaften und private Investoren. Die Resonanz ist in der Region aber offenbar sehr verhalten.

Herr Schmidt ergänzt aus Sicht der Sozialverwaltung, dass die Zahlen immer wieder in den zuständigen Gremien vorgestellt wurden und bei Stadt und Kreis vorliegen. Die Restbindungszeiten sind individuell für jede Wohnung unterschiedlich, insofern sind dazu keine konkreten Aussagen möglich. Öffentlich geförderter Wohnungsbau wird im Wesentlichen von den Wohnungsgenossenschaften angeboten. Die Fördermöglichkeiten werden von privaten Investoren kaum genutzt.

Herr Schiltz bittet für die SPD-Fraktion um getrennte Abstimmung. Punkt 2 des Beschlussvorschlages findet keine Zustimmung, da bereits die Rahmenbedingungen für mehr öffentlich geförderten Wohnraum geschaffen wurden. Es gilt nun, die beschlossenen Konzepte in neuen Wohnbaugebieten umzusetzen und dort Einfluss zu nehmen, wo es möglich ist. Solange die Finanzierung von Wohnraum auf dem freien Markt zu ähnlichen Konditionen wie mit öffentlicher Förderung, aber ohne deren Einschränkungen attraktiv ist, hat die Kommune keine Handlungsmöglichkeiten.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht es nicht aus, auf zusätzliche Wohnbauflächen zu setzen, entgegnet Frau König. Als Beispiele nennt sie den Kauf von Belegungsrechten oder den Einsatz über die KEG. Herr Heilmann ergänzt, dass ein Bericht nicht ausreicht sondern konkret untersucht werden soll, welche Möglichkeiten bestehen.

Herr Weber bestätigt den Bedarf und unterstreicht die Hinweise der Verwaltung auf bereits beschlossene Maßnahmen. Auch in der KEG hat sich das Bewusstsein für eigene Aktivitäten positiv verändert. Daher sind weitergehende Konzepte nicht erforderlich.

Herr Wittenburg verweist auf den Zusammenhang zwischen Wohnraumangel und seniorengerechtem Wohnraum. Nach Auffassung der Volt-Fraktion sollten die Aktivitäten dahin gehen, die Verteilung des Wohnraumes bedarfsgerechter zu gestalten.

Frau Schneider stellt fest, dass Wohnraum in der Vergangenheit überwiegend für und von Personen geschaffen wurde, die es sich leisten können. Selbst die vom Rat beschlossene Quote für öffentlich geförderten Wohnraum bei Neubaugebieten reicht nicht aus, den Bedarf an Sozialwohnungen zu decken. Dem Wohnungsmarktbarometer ist zu entnehmen, dass sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Die UWG-Fraktion unterstützt den Antrag der Grünen, so Herr Langer. Es kann nicht angehen, die Regelung alleine dem freien Markt zu überlassen, wenn nachweisbar Handlungsbedarf besteht. Als Beispiel verweist er auf den Kreis Steinfurt und andere Kommunen, die neue Wege gehen. Auch im Hinblick auf den seines Erachtens zu erwartenden Verdrängungswettbewerb durch den Zuzug der Universitätseinrichtungen in die Innenstadt müssen Alternativen gefunden werden.

Die FDP-Fraktion sieht keine Möglichkeit, alleine auf kommunaler Ebene das Problem zu lösen, erklärt Herr Walter. In Gesprächen mit den Wohnungsbauunternehmen ist der Eindruck entstanden, dass auf Grund der komplizierten Vorgaben kein Interesse für öffentlich geförderten Wohnungsbau besteht. Er sieht daher den Gesetzgeber gefordert.

Im Verlauf der weiteren Diskussion ob bzw. welche Handlungsmöglichkeiten auf Seiten der Kommune bestehen nimmt Herr Wittenburg Bezug auf die beschlossene Quote von 25 % für sozialen Wohnungsbau und beantragt, diese auf 30 % zu erhöhen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2021 einen Bericht vorzulegen, in dem u. a. folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen gibt es in Siegen?
- Wie viele davon sind seniorengerecht / barrierefrei / rollstuhlgeeignet?
- Wie lange läuft deren Restbindungszeit?
- Wer sind die Anbieter dieser geförderten Wohnungen (Privatpersonen, Gesellschaften, ...)?
- Wie viele Wohnberechtigungsscheine wurden ausgestellt? Wie viele davon an über 60-jährige?

- Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in dem letzten Kalenderjahr gebaut worden? Wie hoch ist die Summe der abgerufenen Fördermittel?

Dieser Bericht soll jährlich in der ersten Ratssitzung des 2. Quartals fortgesetzt werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Bis zur ersten Ratssitzung des 2. Quartals 2022 legt die Verwaltung ein Konzept vor, in dem die Maßnahmen zur Schaffung von mehr öffentlich gefördertem Wohnraum und im Speziellen mehr öffentlich gefördertem Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung dargestellt werden. Hier sind auch entsprechende Möglichkeiten durch die KEG zu betrachten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Beschluss:

In neuen Wohnbaugebieten sollen mindestens **30 %** der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem Wohnraum festgesetzt werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

6. Rat 23.06.2021
